

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3051) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement RM. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 19. November
1902.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zettin (Runde), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwäch-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Cornélie Huygens †. Von Max Grunwald. — Die fünfte Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine. — Vom Gebämmelend. III. Von Marie Kunert. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Herbst im Spital. Gedicht von Otto Krille. — Mutter Jones. (Fortsetzung.)
Notizenteil: Vom Weberausstand in Meerane. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Sittlichkeitsfrage. — Frauenbewegung.

Cornélie Huygens †

Eine große Seele ist von uns gegangen, ein selten wahrhaftiger und hoher Charakter, eine hochbegabte Dichterin und eine tapfere treue Mitstreiterin im Kampfe des internationalen Proletariats.

Im hellsten Sonnenlicht des Tages, festen Schrittes, klarsten bewußten Geistes kam sie zu uns, und im fahlen, versinkenden Scheine des Herbstes, im unerforschlichen, undurchbringlichen Sinnen ist sie selbstgewollten Weges von uns gegangen.

Uns, den Ueberlebenden, bleibt, was sie für Alle geschaffen, und Alle, die sie gekannt, verehrt und geliebt haben, bleibt ihr großes Beispiel, Nachseiferung weckend.

Als sie zu uns kam auf der Höhe bürgerlichen Ruhmes, trat sie als letzte, bescheidenste Streiterin in unsere Reihen, als sie von uns ging, stand sie unter den achtunggebietendsten Vorkämpfern, und ihr Ruhm begann weit über ihr kleineres Vaterland hinauszustrahlen. Ungewollt, von einer tiefen Bescheidenheit, die nur aus der erkannten, weltumfassenden Größe unserer Ideen und ihren höchsten Maßstäben floß, stieg sie für ihre Dienste um das klassenbewußte Proletariat aller Länder von Stufe zu Stufe, und auf der Höhe berechtigter Anerkennung, frei und so gern gegebenen Dankes hat sie ihr eigener unergründlicher Wille von uns genommen. . . .

Eine große Seele! Ein selten wahrhaftiger Charakter! Also bleibt unvergänglich in Allen, die sie persönlich kannten, ihr Bild; aber auch Allen, die sie nur aus ihren Werken kennen, muß sich zwingend dieser Eindruck aufdrängen, so durchdrang ihre hohe Persönlichkeit alles, was sie schuf. Wahr sein, war das erste und letzte Gebot ihrer Lebensauffassung. Um die Wahrheit ihrer Erkenntnis gab sie Reichthum, bürgerliche Ehren, älteste Familienbande auf; mochte sie um der Wahrheit willen noch so Großes, Liebgewonnenes verlieren, es schmerzte sie nicht, es war ihr förmlich eine Freude innerlichster Befriedigung. Als sie, die aus einem der ältesten holländischen Geschlechter stammte, einem Geschlecht, das seinem Vaterland mit die größten Gelehrten, Dichter und Staatsmänner gegeben hatte, als sie in einer Zeit aufgewühltesten Klassenhasses zu dem armen, geknechteten Proletariat ihres Landes kam, war dies für sie lediglich eine Erfüllung der Pflicht der Wahrhaftigkeit, eine freudige Genugthuung einmal erkannter Wahrheiten. In einem Alter, wo Andere an Ruhe und Selbstgenuß erreichter Anerkennung und Erfolge denken, trat sie auf den schwersten, opferreichendsten Kampfplatz; vor keiner Arbeit, keiner noch so anstrengenden Aufgabe schenkte sie zurück; ihre hohe Auffassung von dem größten Kampfe, der die Welt bisher gesehen, ließ sie auch die kleinlichste Kleinarbeit im Dienste unserer Sache groß erscheinen. Sie, die einst so gefeierte Aristokratrin, der verwöhnte Liebling einer Großbourgeoise trat ohne jede Forderung, voll selbstlosester Bescheidenheit an jegliche Arbeit heran. Die anstrengendsten Landagitationen, die dunkelsten Gegenden suchte sie förmlich mit Vorliebe auf, für die undankbarsten Aufgaben war sie die willigste Vollstreckerin. Der Dank eines ärmsten

Proletariats wurde ihr eine königliche Ehrung, so war sie mit ihrer ganzen wahrhaftigen Persönlichkeit, mit ihrer großen Seele die unserige geworden. Unsere holländische Bruderpartei ehrte sich selbst, indem sie treueste Arbeit in ihrem Dienste ehrte und Cornélie Huygens vor etlichen Jahren in den Parteivorstand wählte.

Ganz allmählig, Schritt für Schritt, aber innerlich um so fester, war Cornélie Huygens zu uns gekommen, und mit dem größten Werke, das sie in all den Jahren großer literarischer, dichterischer Erfolge geschaffen, mit ihrem „Berthold Merjan“, hatte sie ihr selbstgesuchtes Glaubensbekenntnis abgelegt. Das größte Werk krönte die höchste Auffassung, und es ist nicht zu viel gesagt, daß dieses Buch sie als wahrhaft geniale Dichterin erscheinen läßt. Ein durchaus bürgerlicher Kritiker, der beste deutsche Kenner der holländischen Literatur, hat in dem ersten deutschen bürgerlich-demokratischen Blatte von diesem sozialistischen Romane gesagt, daß, wenn er nicht in holländischer, sondern in englischer Sprache erschienen, er ein internationales literarisches Ereignis geworden wäre. Es wäre ein ganz vergebliches Unterfangen, von diesem bedeutenden Werke in einigen Strichen eine ungefähre Vorstellung zu geben. An dieser Stelle mag nur angedeutet werden, daß „Berthold Merjan“ nicht nur eine spannende, oft dramatisch gestaltete Erzählung enthält, eine kristallklare Konzeption des wissenschaftlichen Sozialismus, ein gut Theil holländischer Parteigeschichte, sondern vor Allem auch eine so tiefe und zugleich doch auch wieder allgemein verständliche Erörterung der Frauenfrage, wie sie eben nur eine Frau von umfassendster historischer, ökonomischer und politischer Bildung, zugleich aber auch von höchster dichterischer Begabung und abgeschlossenster Individualität zur Darstellung bringen kann.

Als Cornélie Huygens, eine der ersten und erfolgreichsten Vorkämpferinnen der bürgerlichen Frauenbewegung in Holland, jegliche Verbindung mit dieser brach und in klarster Erkenntnis schärfstens getrennter Wege und Ziele allein der proletarischen Frauenbewegung ihre Dienste widmete, als sie in ihrem Büchlein „Die Liebe im Frauenleben“ dies mit der ganzen Gluth und Reinheit und Kraft wahrhaftiger Ueberzeugung vor aller schmähen den bürgerlichen Welt vertrat: da ging doch ein Wehen wie das Ahnen höherer Wahrheiten, größerer Welten durch der Lasterer Herzen, und manche ehrliche bourgeoise Seele zog sich ganz vom Kampfe zurück. Unsere Dichterin aber hatte jetzt erst mit der Erkenntnis des inneren unlösblichen Zusammenhanges der Befreiung des Proletariats und der Frau ihr volles Kampfesziel vor sich, und ihr Kampf für die Befreiung der Frau weitete sich so zum Kampfe für die Befreiung des gesamten Proletariats.

Aber doch haben die proletarischen Frauen ein besonderes Recht und auch eine besondere Pflicht, dieser großen und treuen Mitstreiterin zu gedenken. Denn immer hat ihr Herz den Leiden und Kämpfen der Frau besonders warm geschlagen, immer blieb sie bei all ihrer intellektuellen Schärfe, ihrer Energie, ihrer Leidenschaft ein Wesen tiefster Weiblichkeit, zartester Empfindungen, wahrer Keuschheit, ein Vorbild fast ohne Gleichen in dieser Vollkommenheit ausgebildeter Persönlichkeit.

Und jetzt ist sie freiwillig von uns gegangen, gegangen, als über Hollands Grenzen die Strahlen ihres Wirkens auch zu uns zu dringen begannen und Anerkennung und Liebe weckten, in der ungeschwächten Vollkraft geistigen Schaffens, voll neuer Pläne, neuer Hoffnungen. Ein strahlender Stern ist erloschen, der uns geleuchtet!

Max Grunwald.

Die fünfte Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine.*

Es ist nicht leicht, ein einheitliches und übersichtliches Bild von den Arbeiten der fünften Generalversammlung des „Bundes deutscher Frauenvereine“ zu erhalten, welche vom 4. bis 7. Oktober in Wiesbaden getagt hat. Gerade über recht wichtige Arbeitsgebiete und Fragen wurde nicht in einem abgeschlossenen Rahmen verhandelt. Die Berichte der einzelnen Kommissionen wurden in den Plenarsitzungen erstattet, die hier begonnenen Diskussionen in besonderen Kommissionsitzungen fortgesetzt, in denen auch Referate zu einschlägigen Einzelfragen gehalten wurden, und schließlich gelangten wieder Anträge zu den betreffenden Materien vor das Plenum, wo sie, eingestreut zwischen Anträgen verschiedenster Art, ihre Erledigung fanden. In jeder Plenarsitzung kam außer den zur Berichterstattung und Debatte vorgesehenen Gegenständen ein wirres Runterbunt von Anträgen zur Erörterung und Abstimmung. So hastet den Verhandlungen das Gepräge der Zerfahrenheit an und ein Zug des Sichttreibenlassens, das — wenn es auch in bestimmt erkennbarer Richtung geschieht — eine sichere kraftvolle Führung hoch und fest aufgerichteten Zielen entgegen vermissen läßt.

Daran mögen Mängel der Bundesorganisation — zumal in dem schwerfälligen, bürokratisch-undemokratischen Mechanismus der Kommissionen — und Mängel der Vorbereitung der Generalversammlung ein gutes Theil Schuld tragen. Hauptgrund ist aber jedenfalls die Zusammensetzung des „Bundes“, der neben ausgesprochen frauenrechtlerischen Organisationen eine große Zahl Vereine umschließt, welche lediglich oder vorwiegend „gemeinnützige“ Bestrebungen kultiviren und auf den verschiedensten Stufen innerer Entwicklung und Reife stehen. Hauptgrund ist das zwiesältige Sein und Wesen des „Bundes“ selbst. Seinen Satzungen nach soll er eine Zusammenfassung aller „gemeinnützig thätigen Frauenvereine“ sein, nicht aber die einheitliche Vertretung der bürgerlichen Frauenbewegung und ihrer Ziele, geschweige denn Kampfesorganisation für dieselben. Der Logik der Thatsachen entsprechend wird er jedoch mehr und mehr den Forderungen der fortgeschrittenen Elemente entsprechend mit seinem Thun auf das Gebiet der sozialen Reformarbeit gedrängt, auf den Boden des Kampfes für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes. Der Zwiespalt zwischen todter Satzung und lebendigem Bedürfnis; der Gegensatz zwischen rückständigen und fortschrittlichen Elementen, der sich in gemeinsamen Aktionen harmonisch auflösen soll; bewirken offensichtlich jene Zaghaftigkeit, Halbheit und Unsicherheit, welche recht vielen Lebensäußerungen des „Bundes“ eigenthümlich sind. Aus taktischen Gründen, die wir zwar nicht billigen, aber begreifen, legen seine Führerinnen das Schwergewicht zunächst auf den Zusammenhalt, auf die Festigung, Ausgestaltung und Ausdehnung der Organisation und nicht auf ihre rasche innere Entwicklung, auf kräftiges, ja stürmisches Vorwärtsschreiten und Kämpfen. Dieser Stand der Dinge spiegelte sich nicht bloß in den hervorgehobenen Zügen wieder, er fand bei mehr als einer bedeutsamen Materie seinen Ausdruck in den Debatten und Beschlüssen selbst. Es gilt dies ganz besonders von der Behandlung der Fragen Prostitution und Frauensittlichkeitsrecht. Hier trat der Gegensatz zwischen der „gemäßigten“ und der „radikalen“ Richtung der deutschen Frauenrechtler, der Gegensatz zwischen Zurückhaltung und Vorwärtsschreiten klar in Erscheinung, ebenso aber auch das Bestreben der Leitung, beziehungsweise der Führerinnen des Bundes, aus übergroßer Furcht vor einer Lockerung und Sprengung des Zusammenhaltes die klarere Würdigung sozialer Erscheinungen und Zusammenhänge, die schärfere Betonung frauenrechtlicher Kampfesziele der Rückständigkeit und Halbheit zu opfern.

Trotz alledem läßt jedoch die Generalversammlung einen anerkennenswerthen Fortschritt erkennen, und das sowohl betreffs ihrer Stellung zur Reformarbeit, wie zu den Frauenrechten. Gewiß ist zu den sozialreformerischen Fragen im Einzelnen noch recht viel sozial Ungereimtes geredet worden, hat die und jene Persönlichkeit sich krampfhaft an die alte, einseitige und oberflächliche Auffassung geklammert. Es fehlte nicht an Ausführungen, die soziale Uebel, wie Prostitution und Alkoholismus, lediglich als Ausflüsse besonderer individueller Lasterhaftigkeit darstellten und dagegen ausschließlich Moralpredigten und kleine kurpfuscherische Tränklein empfahlen. Neben solche Darlegungen trat aber die einsichtsvolle, richtige Würdigung, die aus der Erkenntnis der unlöslichen Verquickung von sozialen Ursachen und Wirkungen fließt und deshalb die soziale Reformthat als Mittel gegen soziale Mißstände fordert.

Die Verhandlungen über die Sittlichkeitsfrage und die Dienstbotenfrage ließen das besonders hell in Erscheinung treten.

In der Sittlichkeitsfrage prallten im Plenum die alte, polizeimittelgläubige Rückständigkeit, vertreten durch Frau Bieber-Böhm, und die fortschrittlichere Auffassung des sogenannten Abolitionismus zusammen, die von Frau Scheven-Dresden und Frä. Pappriß-Berlin verfochten wurde. Letztere zwei befürworteten, „der Bund solle den Kampf gegen die staatlich reglementirte Prostitution als Programmpunkt nachdrücklicher als bisher betonen und sowohl der Oeffentlichkeit als den gesetzgebenden Gewalten gegenüber Stellung zu dieser Frage nehmen.“ Frau Bieber-Böhm wollte dagegen den Kampf „gegen das staatlich geregelte Gewerbe der Prostitution“ ausgenommen wissen. Als Konsequenz der ersteren Forderung ergibt sich neben dem Eintreten für Beseitigung der polizeilichen Reglementirung der Prostitution und Aufhebung der „Sittenpolizei“ der Kampf gegen die sozialen Ursachen des öffentlichen Lasters. Die Konsequenz von Frau Bieber-Böhms Antrag ist die alte Kinderei des Jagens nach dem gesetzlichen Verbot der Prostitution. Ihre diesbezügliche Forderung erklärte Frä. Helene Lange für „wünschenswerth“, aber erst in ferner Zukunft durchführbar, bloß aus Zweckmäßigkeitsgründen empfahl sie deshalb den Antrag Scheven. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen — und das ist recht charakteristisch — widerrieth sie dagegen entschieden, „da sie im Hinblick auf die Bundesarbeit zwecklos sei“. Obgleich Frä. Augspurg mit Recht einer grundsätzlichen Klärung das Wort redete, ward die Debatte geschlossen. Die Abstimmung brachte einen Sieg der fortgeschrittenen Richtung, der Antrag Scheven wurde angenommen. Daß die Bieber-Böhmerei im „Bunde“ indessen noch starken Anhang besitzt, das beweisen die Arbeiten und Verhandlungen der Kommission, die im Zeichen der „kleinen Mittel“ standen. Verzeichnet sei, daß einstimmig eine Resolution zur Annahme gelangte, die die Aufhebung des § 361, Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuchs fordert.

Auch in der Dienstbotenfrage trieben die Verhandlungen der Generalversammlung den „Bund“ weiter, als es die Mehrheit der Rechtskommission gewollt, die sich mit ihr zu beschäftigen gehabt. Diese Kommission hatte zwar dem ersten Theile einer Petition zugestimmt, der Abschaffung der Gefindeordnung verlangte, dagegen den zweiten Theil derselben abgelehnt, der Unterstellung der Dienstboten unter die Gewerbeordnung forderte. Die Generalversammlung brachte eine Entscheidung zu Gunsten der letzteren Forderung. Frä. Dr. Maschke, in der offenbar die Juristin stärker war, als die Sozialpolitikerin, vertheidigte zwar die Regelung des Dienstverhältnisses durch ein besonderes Reichsdienstbotengesetz. Allein die Beschlüßfassung fiel für die Unterstellung der Dienstboten unter die Gewerbeordnung aus, die von Herrn v. Gerlach und Frä. Bäumer befürwortet worden war. Verhandelt wurde noch über die Sonntagsruhe der Dienstboten. Das Ergebnis der Debatten war die Forderung einer gesetzlichen Ruhezeit von einem freien Nachmittag in der Woche und von einem freien Sonntagnachmittag jede zweite Woche. Zur Befürwortung der Freigabe jeden Sonntagnachmittags schwang man sich nicht empor, offenbar war die Rücksicht auf die „Bedürfnisse der guten Hausfrau“ größer, als die „Liebe zu den ärmeren Schwestern“. Dagegen wurde die Nothwendigkeit betont, die gesetzliche Ruhezeit für jugendliche Dienstboten auszuweihen, damit sie für den Besuch der Fortbildungsschulen Zeit haben. Mit seinen einschlägigen Beschlüssen ist übrigens der „gemäßigte Bund“ weiter gegangen, als der „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“. Dieser beschränkte sich bei seiner Konferenz im Oktober vorigen Jahres darauf, die Abschaffung der Gefindeordnungen zu fordern, die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf die Dienstboten und die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Dienstverhältnis ergeben. Nebenbei sei noch bemerkt, daß nach den vorliegenden Berichten keine einzige der radikalen Führerinnen für eine bessere Ausgestaltung des Dienstbotenrechtes eingetreten ist.

Die Aktionen des „Bundes“, beziehungsweise die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung, den Arbeiterinnenschutz betreffend, tragen natürlich die Male bürgerlicher Sozialreform. Es wurden Petitionen eingereicht, die sich auf den gesetzlichen Schutz der gewerblichen Kinderarbeit bezogen, auf die Krankenversicherung und die Zulassung der Frauen zur Gewerbeinspektion. Ueber die Lage der Kaffeeverleserinnen in Hamburg und der Strohhutnäherinnen in Dresden fanden Enqueten statt. Theoretisch wurde die Frage der Mutterschaftsversicherung studirt. Das ist etwas, aber auch bei bescheidenen Ansprüchen nicht viel. Die Generalversammlung nahm in einer Kommissionsitzung lediglich zur Frage des Konfektionsarbeiterinnenschutzes Stellung. Die einschlägigen Verhandlungen wurden durch ein treffliches Referat von Frä. Elben-Stuttgart eingeleitet. Es begründete die Nothwendigkeit durchgreifenden gesetzlichen Schutzes und gab einen Ueberblick über Das, was in dieser Beziehung in den verschiedenen Staaten bereits geschehen ist. Die Kommission beantragte folgende Thesen:

* Wegen Raumangel verspätet.

„I. Unter Konfektionsarbeiterinnen sind zu verstehen:

a) die in Konfektionswerkstätten arbeitenden Frauen, geschützt durch die Verordnung vom 31. Mai 1897; b) die in Maschineliers arbeitenden Frauen; c) die Heimarbeiterinnen.

II. Zur Beseitigung der offenkundigen, allbekannten Mißstände, unter denen die Konfektionsarbeiterinnen zu leiden haben, ist ein baldiger Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung anzustreben. Es ist zu fordern:

a) Ausdehnung der Bundesrathsbestimmung vom 31. Mai 1897 auf sämtliche Werkstätten der Bekleidungsindustrie, in denen Nichtfamilienmitglieder gegen Lohn beschäftigt sind; b) Verbot der Mitgabe von Arbeit an Werkstattdarbeiterinnen in deren Wohnung; c) Einführung behördlicher Visitenführung über die Hausgewerbetreibenden. Meldepflicht der Arbeitnehmer und ihrer direkten Arbeitgeber; d) Konfessionierung der Familienwerkstätten und sanitäre Kontrolle derselben; e) Ausdehnung der Invaliditäts- und Krankenversicherung auf die Hausgewerbetreibenden; f) Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausgewerbetreibenden.

III. Durch Erfüllung dieser allerdingendsten Forderungen kann aber der Krebschaden der Konfektionsindustrie nicht beseitigt werden. Um eine Steigerung der Arbeitslöhne zu bewirken, die für die Heimarbeiterinnen unter das Existenzminimum gesunken sind, erscheint die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne für die Konfektionsindustrie notwendig, die durch obligatorische Lohnämter durchzuführen sind.

IV. Die in den Thesen enthaltenen Forderungen sind dem Reichstag und Bundesrath zu übermitteln.

V. Es ist den Bundesvereinen, insbesondere aber den Mitgliedern der Kommission zu empfehlen, mit allen Vereinen und Körperschaften Fühlung und Verständigung zu suchen, die einen gesetzlichen Schutz der Konfektionsarbeiterinnen herbeizuführen bemüht sind, und sich durch Wort und Schrift an der Agitation zum Schutze der Konfektionsarbeiterinnen zu betheiligen.

VI. Die Versammlung wolle beim Bundesvorstand beantragen, den von der Generalkommission der Gewerkschaften einzuberufenden Heimarbeiterkongress durch eine Delegirte zu beschicken oder den Bundesvereinen zu empfehlen, ihrerseits Delegirte zu dem Kongress zu senden.“

Debattelos wurden die Thesen I und II angenommen. Dagegen rief die Forderung der Mindestlöhne eine längere Diskussion hervor. Herr v. Gerlach machte insbesondere geltend, daß die Festsetzung von Mindestlöhnen in der Konfektionsindustrie auch die Festlegung von solchen in anderen Gewerben zur Folge haben müßte. Bei den stark wechselnden Konjunktoren werde das eine allzu große Gebundenheit der Lohnsätze herbeiführen, welche der Arbeiterklasse zum Schaden gereiche. Zwangsorganisation der Heimarbeitenden — wie sie Frl. Dnyrenfurth in Artikeln befürwortet hat — scheint ihm das einzige Mittel zur Hebung der Löhne in der Konfektionsindustrie. Für Mindestlöhne und gegen die Zwangsorganisation sprach Frl. Salomon, welche ausführte, daß die Mindestlöhne sich in Victoria bewährt hätten. Frl. Lüders, die Herr v. Gerlachs Standpunkt unterstützte, begründete eine neue These III. Dieselbe besagte, „daß die gewerkschaftliche Organisation als ein Hauptmittel der Hebung der Heimarbeiterinnen auch von der bürgerlichen Frauenbewegung zu fördern sei.“ Frl. Wischniewska vertrat die gleiche Auffassung. Die Dame ließ sich außerdem vom Haber stechen und behauptete, „die sozialdemokratischen Frauen hätten ihre gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen falsch angefangen, weil sie das Schwergewicht nicht auf besondere Frauenorganisationen legten und sich somit der erzieherischen Wirkungen beraubten, welche selbständige Organisationsformen haben.“ Wenn Frl. Wischniewska einen Fingerhut weniger Aufmerksamkeit und einen Fingerhut mehr Sachkenntnis besäße, so hätte sie nicht in einem Sage so viel Unrichtiges zusammengedrängt und eine Auffassung vertreten, die schon seit Jahren durch die Geschichte der englischen Nur-Frauenvereine geradezu zerschmettert worden ist. Die Debatten endeten mit der Annahme der Thesen der Kommission, denen die These von Frl. Lüders eingefügt wurde.

Die erhobenen Forderungen decken sich zum Theile mit denen der organisierten Arbeiter, im Allgemeinen liegen sie in der Richtung derselben. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels auf sie einzugehen und insbesondere die vielumstrittene Frage der Mindestlöhne zu erörtern. Nur soviel sei kritisch bemerkt, daß es eine Halbheit gepaart mit einer Inkonsequenz ist, die Ausdehnung der Bundesraths-vorschriften von 1897 vor den Familienwerkstätten Halt machen zu lassen, aber für dieselben Konfessionierung und sanitäre Kontrolle zu fordern. Was der Familienwerkstatt in sanitärer Hinsicht — wo das Interesse der Konsumenten mit in Frage kommt — recht ist, das muß ihr in Betreff der Regelung der Arbeitszeit u. billig sein. Oder hat etwa das proletarische Kind, dessen Eltern der Kapitalist mittels der Peitsche bitterster Noth aus Pflögern und Erziehern in Antreiber

und Werkzeuge der Ausbeutung verwandelt, nicht den gleichen Anspruch auf Schutz wie der Bourgeoisproß, der vor der Ansteckungsgefahr behütet werden soll, die in verseuchten Heimwerkstätten lauert und den hier erzeugten Waaren anhaftet? Was die These anbelangt, durch welche Frl. Lüders den Antrag der Kommission verbößert hat, so läuft sie auf den verflucht geschiedten Rath hinaus, Jemand, der im Sumpfe steckt, solle sich an seinem eigenen Jopfe herausziehen. So nöthig es ist, daß aller Schwierigkeiten ungeachtet wieder und wieder Versuche mit der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeitenden gemacht werden, so thöricht wäre es, sich zu verhehlen, daß die Gewerkschaft — solange die Gesetzgebung die Verhältnisse nicht durchgreifend reformirt hat — nur sehr kleine Kreise dieser Ausgebeuteten erfassen kann. Es heißt aller Erfahrung, allen tatsächlichen Umständen ins Gesicht schlagen und einer Utopisterei nachjagen, wenn man die gewerkschaftliche Organisation als ein „Hauptmittel“ zur Hebung der Lage der Heimarbeiterinnen betrachtet.

Daß übrigens der „Bund“ den Schutz der Gesetzgebung nur für die Konfektionsarbeiterinnen anruft und nicht für alle Heimarbeitenden, ist eine durch nichts gerechtfertigte Schwächlichkeit. Und zu ihr gesellt sich eine andere große Unterlassungssünde. Die Generalversammlung hat nicht Stellung zu der Frage des Arbeiterinnen-schutzes genommen, die seit den letzten Jahren im Vordergrund des Interesses und des Kampfes steht: zur Frage der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen. Das Vorgehen der Reichsregierung, das auf eine Verschleppung der dringenden Reform hinausläuft, der Proteststurm der Scharfmacher, der dem kleinsten Fortschritt wehren will: hätten eine Stellungnahme zur selbstverständlichen Pflicht gemacht.

Von den übrigen Arbeiten der Generalversammlung sei nur Einiges hervorgehoben. In der Erziehungskommission hielt Frau Fürth-Frankfurt ein anregendes Referat über das Thema: „Belehrung über die geschlechtlichen Verhältnisse in Schule und Haus.“ Zur Frage des Ziehkinderverwesens wurde mit viel Sachkenntnis debattirt und das Taubsehe System der Generalvormundschaft seitens der Gemeinden mit Recht empfohlen. Beachtung verdienen die Ausführungen von Frau Niedermüller-Leipzig, welche die Anstellung besoldeter Pflegerinnen im Interesse der Ziehkinder befürwortete, wie im Hinblick auf die Erschließung eines auch innerlich befriedigenden Lebensberufs für Frauen. Sehr eingehend beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Reform des Krankenpflegerinnenwesens. Von den Anträgen, die zu allen Dingen und etlichen mehr angenommen wurden, sei einer erwähnt. Er verpflichtet den „Bund“, dahin zu wirken, daß in die sozialstatistische Abtheilung des statistischen Reichsamtes Frauen sowohl als Beamte wie als Mitglieder des Beiraths berufen werden.

Wie auf sozialreformerischem Gebiet die Sittlichkeitsfrage, so führte auf dem des eigentlichen frauenrechtlerischen Kampfes die Stimurrechtsfrage zu einer Auseinandersetzung zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“. Anlaß dazu wurde durch die nachstehende Interpellation des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine geboten: „Welche Verpflichtungen erwachsen den Bundesvereinen nach § 2 der Satzungen gegenüber der Frage des Frauenstimmrechtes?“ Frl. Wischniewska begründete die Interpellation. Abermals machte Frl. Lange den Versuch, die Diskussion unter Berufung auf das Bundesstatut als „zwecklos“ zu ersticken. Allein ihre Diplomatie — die übrigens das formale Recht für sich hatte — scheiterte, die Generalversammlung beschloß eine Erörterung der Interpellation. Die Debatten endeten mit der Annahme einer Resolution, die im Wesentlichen den Ausführungen von Frl. Augspurg entspricht. Sie lautet: „Es ist dringend zu wünschen, daß die Bundesvereine das Verständniß für den Gedanken des Frauenstimmrechtes nach Kräften fördern, weil alle Bestrebungen des Bundes erst durch das Frauenstimmrecht eines dauernden Erfolges sicher sind.“ Die Generalversammlung hat sich damit — wenn auch in sehr schwächlicher und verhällter Form — offiziell für das Frauenstimmrecht erklärt. Gegen früher immerhin ein bedeutamer Fortschritt. Debatten und Beschlußfassung dürfen sich die „Radikalen“ als einen Sieg gutschreiben.

Die fortschreitende innere Entwicklung des „Bundes“ ist mit äußerem Wachstum und Ausbau der Organisation Hand in Hand gegangen. Die Zahl der angeschlossenen Vereine, die 1894 bei der Gründung des „Bundes“ 34 betrug, ist auf 157 gestiegen mit circa 78000 Mitgliedern. Die Vereine verschiedener Bezirke haben sich zu Verbänden zusammengeschlossen, die eine rege Agitation entfalten. Schärfer noch als in den Verhandlungen der Generalversammlung selbst gelangte die gewonnene größere innere Reife der bürgerlichen Frauenbewegung in den drei großen öffentlichen Agitationsversammlungen zum Ausdruck, die mit ihr verbunden waren. Zumal die Referate von Frl. Pappritz über „Die

wirtschaftlichen Ursachen der Prostitution“ und von Fräulein Salomon über „Das Vereins- und Versammlungsrecht“ sind bündige Beweise dafür. Auch die schwerfällige, zaghafte deutsche Frauenrechtler marschiert, zwar noch mit dem österreichischen Landsturm, aber doch nach links.

Vom Hebammenelend.*

Von Marie Kunert.

III.

Woher sollen die Hebammen die für eine gedeihliche Ausübung ihres Berufs unerlässliche Arbeitsfreudigkeit nehmen, wie sollen sie Andere in ihren Schmerzen trösten und aufrichten, ihnen Muth und Ruhe einflößen, wenn ihr eigenes Gemüth von drückenden, quälenden Sorgen erfüllt ist? Nur mit Grauen vermag die große Mehrzahl der Hebammen an die Jahre des Alters und der Arbeitsunfähigkeit zu denken. Viele Gemeinden zahlen allerdings ihren invaliden Hebammen eine Altersrente, aber sie ist auch darnach! Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel! Mit Ausnahme von Sachsen, wo die Altersversorgung der Hebammen durch Gesetz geordnet ist und jede Hebamme ein Recht auf 300 bis 400 Mk. Pension hat, werden im übrigen Deutschland nur selten Beträge dafür aufgewendet, welche die ortsübliche Armenunterstützung überschreiten. So beträgt das Ruhegehalt der Hebammen in Baden 16 Mk. pro Jahr, in einer elsässischen Gemeinde 6 Mk. 75 Pf., in Arnswalde 12 Mk. u. s. f. w. So mancher Hebamme winkt im hohen Alter das Armenhaus. Knauerige Gemeinden mißbrauchen die Unwissenheit der Hebammen nicht selten beim Abschluß des Kontraktes und unterlassen absichtlich jede Feststellung über eine etwaige Altersrente. Dann ist so ein armes thörichtes Weib hinterher geradezu auf die Almosen der Bauern, die bekanntlich nicht gerade freigebig sind, und auf die der Tagelöhner, die selbst nichts übrig haben, angewiesen.

Angesichts so unwürdiger Existenzbedingungen darf man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn der heutige Hebammenstand das nicht leistet, was er im Interesse der Frauen und Kinder, die seiner bedürfen, leisten müßte. Von der ungebildeten Hebamme, die nur nothdürftig technisch geschult wurde, kann man nicht verlangen, daß sie volles Verständniß für die vorgeschriebenen aseptischen Maßnahmen besitze. Die mit häuslicher Arbeit überbürdete Hebamme, die wohl gar selbst Mutter kleiner Kinder ist, kann sich nicht so sauber halten, wie es ihr Beruf erfordert; sie kommt leicht in die Versuchung, die Wöchnerin vor der angeordneten Wartezeit nach der Entbindung zu verlassen, um nach Hause zu eilen. Die stark beschäftigte Hebamme in der Stadt wieder sucht möglichst viel zu verdienen, eilt von einem Gebärte zum anderen, vernachlässigt dabei

* Siehe Nr. 20 und Nr. 22 der „Gleichheit“.

Herbst im Spital.

Herbst im Spital. Die Blätter glähen Im Garten. Herbe Lüfte ziehen Durchs angstgeschwängerte Gemach. Die blassen hageren Gesichter Umspielen rothe Sonnenlichter — Ein letzter Gruß vom mäden Tag.	Gestreifte Kissen — gleiche Decken, Drin welle Glieder sich verstecken, Aus denen mancher Seufzer quillt. An jedem Bette sitzt ein Schweigen, Denn keiner mag dem Andern zeigen Was ihm die flechte Brust erfüllt.
---	---

Und leis, wie in den laub'gen Hallen
Die staubgeweihten Blätter fallen
Aufs dunkelbunte Aternbeet,
Und wie der Wind mit rauhem Kosen
Die roth und gelben, heimathlosen
Hin über'n Gartensteg verweht:
Geht mit dem letzten Sonnenschimmer
Ein stilles Sterben durch das Zimmer. Otto Krille.

Mutter Jones.

(Fortsetzung.)

Eine lebendige Schilderung von der Persönlichkeit und dem Wirken der Mutter Jones entwirft William Mailly im wissenschaftlichen Organ der englischen Sozialdemokratie.* Er schreibt hier: „Mutter Jones ist mit der Jungfrau von Orleans verglichen worden, aber sie ist mehr als diese.

Das französische Mädchen wurde durch die mystischen Schöpfungen eines Hirns angeregt, das von religiöser Extase entflammt war.

Mutter und Kind und verschleppt leicht ansteckende Krankheiten. Kurz, die ganze Organisation des Hebammenberufs, wie sie heute ist, schreit geradezu nach einer durchgreifenden Reform.

Anfänglich fehlte es den Hebammen an jedem Solidaritätsgefühl. Jede sah in der Kollegin nur die Konkurrentin und war bestrebt, sie zu unterbieten. Das Volk aber hatte mit seiner Gesundheit dafür zu zahlen. Endlich jedoch fängt es hier und da an sich zu regen, aus dem dumpfen Vegetiren erwachen immer mehr Hebammen zur Erkenntniß ihrer Nothlage und bemühen sich, ihren Ursachen auf die Spur zu kommen. Eine große Anzahl von Hebammen schloß sich zu einer Vereinigung deutscher Hebammen zusammen, welche muthig an die schwierige Aufklärungs- und Agitationsarbeit unter den Berufsgenossinnen ging. Die Frage der Altersversorgung erschien als eine besonders brennende. Man wollte sie anfänglich auf dem Wege der Selbsthilfe lösen und faßte den Plan zur Gründung einer besonderen Altersversorgungskasse. Nachdem aber festgestellt worden war, daß von 1000 Hebammen 198 3 bis 20 Geburten, 152 21 bis 30, 150 31 bis 40, 150 41 bis 50 Geburten mit einem Durchschnittshonorar von 6 Mk. für die Entbindung haben, daß also 650 von 1000 Hebammen einen Jahresverdienst von 18 bis 300 Mk. erzielen, sah man ein, daß die überwiegende Mehrheit der Hebammen nicht im Stande sein würde, aus eigenen Mitteln die Beiträge für diese Kasse zu bestreiten. Da beschloß man, staatliche Regelung der Sache zu verlangen und begründete dies damit, daß die Hebammen ja auch unter staatlicher Kontrolle stehen; sie werden ausgesucht, vorgeprüft, sie haben ein Staatsexamen zu bestehen, einen Eid zu leisten, stehen nach Eintritt in die Praxis unter Aufsicht der Herren Kreisphysiker und Amtsärzte. Sie werden alle drei Jahre, zuweilen auch öfter, nachgeprüft; bestehen sie nicht, werden sie zu einem Nachkursus einberufen, sie erhalten Disziplinarstrafen und werden unter Umständen aus dem Stande entfernt. Hat der Staat dazu ein Recht, meinten die Hebammen, so ist er auch verpflichtet, für ihre Altersversorgung einzutreten. War man soweit, so lag es nahe, noch weiter zu gehen und nicht einzelstaatliche, sondern reichsgesetzliche Regelung und zwar nicht nur der Altersversorgung, sondern der gesammten uneinheitlichen Bestimmungen über das Hebammenwesen zu verlangen. Dies geschah auch. In mehreren Petitionen an den Reichstag suchten die organisirten Hebammen um Gewährung eines Normalgehaltes von 1200 Mk. nach, das in 30 jähriger Dienstzeit bis auf 1800 Mk. steigen sollte, und verlangten zwangsweisen Anschluß an die Alters- und Invalidenversicherung. Die erste Petition sollte auf Antrag der Kommission ein Begräbniß dritter Klasse erhalten; das heißt die Kommission beantragte, der Reichstag wolle beschließen, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Die zweite Petition wurde damit erledigt, daß die Mehrheit der Kommission den Petenten anheim stellte, von dem Rechte der Selbstversicherung Gebrauch zu machen. Ein magerer

Sie war die Sklavin ihrer eigenen Phantasie. Sie kämpfte für das „göttliche Recht der Könige“ und starb als triumphirendes Opfer einer Sache, die in ihren Tagen siegreich war, die aber bald aufhören wird, die Welt zu schänden. Sie hat schon den ihr gebührenden Platz erhalten als fanatische Vertreterin des mittelalterlichen Aberglaubens.

Mutter Jones dagegen wird durch lebendige Männer und Frauen inspirirt, deren Hoffnungen und Aengste, deren seltene Freuden und überreichen Sorgen die ihren sind, mit denen sie weint und lacht. Sie wendet sich den Dingen zu, die sind, um die besseren Verhältnisse zu schaffen, die sein werden. Ihre Sache ist jene Eine, welche die Menschheit von materieller Knechtschaft und geistiger Blindheit erlösen wird, um endlich die Welt zu erneuern und zu verherrlichen.

Nur in Einem gleichen sich die beiden Frauengestalten: die Jungfrau von Orleans war das typische Produkt der thatsächlichen Verhältnisse ihrer Zeit, genau wie Mutter Jones das Kind der heute bestehenden gesellschaftlichen Zustände ist. Beide wären in einer anderen Geschichtsperiode eine Unmöglichkeit gewesen. Wie die Jungfrau von Orleans den Aberglauben und die geistige Nacht des Volkes verkörpert, das ihr als einer mit übernatürlichen Gaben Begnadeten zuzanzte und folgte, so ist Mutter Jones die Verkörperung des neuen, klareren geistigen Lebens und Strebens, das die erwachende Arbeiterklasse unserer Tage charakterisirt. Sie ist der Fleisch und Blut gewordene Geist der Revolte, der Auflehnung gegen die Bedingungen, die der moderne Kapitalismus schafft, jener Geist, welcher seinen vollkommensten Ausdruck in der weltumspannenden sozialistischen Bewegung findet.

* „The Social-Democrat“, Vol. VI, Nr. 9, 15. September 1902.

Trost! Zu einer Plenarberatung dieser Anträge kam es indes im Reichstag nicht, weil durch den Sessions-schluß im Jahre 1900 auch die Petitionen der Hebammen mit vielen anderen unter den Tisch fielen.

Auch im preussischen Abgeordnetenhaus wurde die Hebammenfrage kürzlich im Vorübergehen gestreift und die Reformbedürftigkeit der betreffenden Verhältnisse allseitig unumwunden zugestanden. Der Minister der Medizinalangelegenheiten, Dr. Studt, vertröstete die Beschwerdeführer mit der Hoffnung, „daß es im Laufe der Zeit gelingen werde, auch in diesen Verhältnissen eine Besserung herbeizuführen“. Nach dieser tröstlichen Versicherung wird es zu einer wirklich durchgreifenden Reform auf absehbare Zeit wohl kaum kommen. Es handelt sich hier ja auch nicht um nothleidende Junker oder um zwangszweise Germanisirung polnischer Staatsangehöriger. In solchen Fällen zeigt die Gesetzgebungsmaschinerie, daß sie nicht nur im Schnecken-tempo arbeiten kann, da läßt man es sich auch etwas kosten. Für die Chimäre der Polenbekämpfung opfern unsere Staatserhaltenden gern eine Viertel Milliarde. Für allgemeine kulturelle Zwecke kann da natürlich nicht viel übrig bleiben.

Doch die Frage der Besserstellung der Hebammen ist einmal in Fluß gekommen, die Hebammen werden von nun an immer dringender ihre Forderungen erheben, fast alle Aerzte werden sie darin unterstützen, und hoffentlich werden auch immer weitere Kreise der Bevölkerung zu der Erkenntniß der ernststen Gefahr gelangen, welche das heutige Hebammenwesen birgt. So wird sich auch allmählig die Erkenntniß Bahn brechen, daß eine wirklich befriedigende Lösung der Frage nicht durch die Verwirklichung der oben ange-deuteten Hebammenforderungen allein herbeigeführt werden kann, sondern durch die Verstaatlichung der Geburtshilfe, wie sie das sozialdemokratische Programm fordert. Künftige Frauengenerationen werden in ihrer schweren Stunde technisch und allgemein gebildete Frauen als Helferinnen um sich sehen, die in sich gesammelt und mit einer Berufsfreudigkeit, die durch keine materielle Sorge getrübt wird, ihres Amtes so walten, wie es den Anforderungen einer wahrhaften Kultur entspricht.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In einer Reihe von Versammlungen im Fürstenthum Lübeck sprach Genossin Zieh-Hamburg vom 22. bis 28. Oktober. Versammlungen fanden statt in Heiligenhafen, Gutin, Schwartau, Fackenburg, Schlutup und Lübeck. „Die Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften“ war das Thema, das die Referentin in den ersten Versammlungen erörterte, während sie in den anderen Orten über „Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz durch Gesetzgebung und Selbsthilfe“ referirte. Sämmtliche Versammlungen waren gut, einige sogar glänzend besucht,

Denn Mutter Jones ist vor Allem und über alles ein Weib des Proletariats. Sie ist Fleisch von seinem Fleisch und Bein von seinem Bein. Sie kommt aus den Reihen der Proletarier, sie lebt das Leben der Proletarier, und wenn es nöthig wäre, so würde sie sterben, um das Leben der Proletarier besser und glücklicher zu gestalten. Sie ist den Proletariern mit einer leidenschaftlichen Liebe zugethan, die stärker ist, als die Liebe zum Leben selbst. Ihr Leben und Wirken kennzeichnet die Stufe des Fortschrittes der werththätigen Massen ihrer Befreiung entgegen.

Es ist das vielleicht unbewußte Gefühl dieser inneren, innigsten Zusammengehörigkeit, welches die wahre Quelle der Macht ist, die Mutter Jones über die Proletarier ausübt. Instinktiv fühlen diese, daß Mutter Jones eine der ihrigen ist. Wenn sie spricht, so lauschen sie ihr als einer von ihrer eigenen Art. So wird sie ein wahrer Magnet, der die Arbeiter oft gegen ihren Willen anzieht und sammelt.

Mutter Jones ist keine Rednerin im landläufigen Sinne des Wortes. Ihr Satzbau könnte abgerundeter, ihre Phrasen könnten geglätteter und gelecter, ihre Stimme könnte wohlklingender sein, als Jahre rastloser Agitationsreden in Lokalen und im Freien sie gemacht haben. Allein wenn das Alles der Fall wäre, so würde Mutter Jones' Wirken wahrscheinlich weniger erfolgreich sein. Ihre anscheinenden Schwächen sind in Wirklichkeit mehr Bundesgenossen, als Hindernisse ihres Erfolges. Ihre Sprache ist einfach, ihre Bilder sind derb, aber lebendig, und sie verfügt über einen schlagfertigen Witz. Ihre Stimme aber erweist sich um so wirksamer, weil sie nicht süß und silbern klingt, sondern manchmal eher schrill und hart. Ich bin Zeuge gewesen, wie diese

und in allen waren die Frauen stark vertreten. In Schlutup theilte sich eine Frau in lebhafter Weise an der Diskussion. In Lübeck wurden zehn Abonnenten der „Gleichheit“ gewonnen, und die Genossinnen haben versprochen, weiter für dieselbe zu agitiren.

L. Z.

In Mecklenburg sprach Genossin Zieh in der Zeit vom 28. Oktober bis 4. November. Versammlungen fanden statt in Grevesmühlen, Wismar, Rostock, Fürstenberg, Wokuhl, Strelitz und Warnemünde. In Grevesmühlen waren zum ersten Male Frauen in der Versammlung, von denen mehrere der Organisation der Fabrikarbeiter beitraten. Prächtig besucht, auch von Frauen, war die Versammlung in Wismar. Genossin Thon hat versprochen, mit Hilfe des dortigen Vertrauensmanns Leseabende einzurichten, um die Frauen mehr für unsere Bewegung zu interessieren und sie zu Kämpferinnen für dieselbe zu schulen. Die Versammlung in Rostock, die besonders stark von Frauen besucht war, und in der Genossin Zieh über „Die Frau im Erwerbsleben“ referirte, fand durch Auflösung ein vorzeitiges Ende, worüber wir noch an anderer Stelle berichten. Prächtig besucht, auch seitens der Frauen, war die Versammlung in Warnemünde, die „Mecklenburgische Volkszeitung“ erhielt hier ein Duzend Abonnenten. In Fürstenberg waren die Frauen die aufmerksamsten Zuhörer; mehrere von ihnen sprachen nach Schluß der Versammlung im Privatgespräch ihr Einverständnis mit dem Gehörten aus. Auch hier wurden der Arbeiterpresse Abonnenten gewonnen. In Wokuhl, einem kleinen Dorfe mitten zwischen einer Reihe großer Güter, waren die Landarbeiter mit ihren Frauen stundenweit herbeigeilt, so daß eine herrliche Versammlung stattfand. Mit geradezu rührender Aufmerksamkeit folgten die Erschienenen den Ausführungen. Der Gedanke der Solidarität ist für sie das neue Evangelium, das in ihnen wieder Lebensmuth und Schaffensfreudigkeit erweckt. Arm, unwissend, der schlimmsten Ausbeutung preisgegeben, fühlen sie sich meist nur als Lastthiere, die von aller Welt verlassen sind, ergeben sie sich fast fatalistisch in ihr Schicksal. Um so begeisterter nehmen sie aber die Worte auf, die ihnen einen, den einzigst möglichen Ausweg, aus ihrem Elend zeigen. Es wirkte erhebend, wie ein alter Mann die jüngeren anspornte, sich zu organisiren, wie er ihnen voll Begeisterung zurief, zusammenzuhalten, denn, so meinte er, „mit unserer Macht sei nichts gethan, so lange wir als versprengte Schafe einzeln umherirrten“. Eine hübsche Anzahl der Anwesenden folgte seiner Mahnung. Glänzend besucht war die Versammlung in Strelitz, zu der auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen aus Neustrelitz herübergekommen waren. Den Arbeiterorganisationen wurden Mitglieder, der „Gleichheit“ Abonnenten gewonnen. Es geht eben auch in Mecklenburg vorwärts, trotz Mecklenburger Versammlungsrecht oder vielmehr Unrecht, trotz aller Bekämpfung der klassenbewußten Arbeiterbewegung mit gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln.

L. Z.

Stimme Arbeiter zu rasender Wuth aufsteigte und sie dann zu Thränen rührte. Es ist die Seele, die spricht.

Und daher kommt es, daß die proletarischen Massen sie verstehen und ihr vertrauen. Nur die Demagogen und Angsthasen unter ihnen fürchten Mutter Jones' durchdringenden Blick und ihre gewandte Zunge. Ihr eignet die Gabe, solche Leuten gleichsam zu „wittern“, und das fühlen sie früher oder später. In ihrem Urtheil über Männer und Frauen täuscht sie sich nur selten. Selbst absolut aufrichtig, entdeckt sie sehr bald die Unaufrichtigkeit Anderer. Heuchelei ist ihr so unerträglich, als sie selbst völlig frei von ihr ist. Die Züge ihres Antlitzes reden ihre eigene Sprache.

Jemand hat gesagt, daß Mutter Jones nicht weiblich genug sei. Ob man diese Behauptung gelten läßt oder nicht, das hängt davon ab, was man unter dem Ausdruck „weiblich“ versteht. Wenn weiblich sein so viel bedeutet, als selbstfüchtig und von Anderen abhängig sein, lieber zu schwätzen, als zu handeln, sich mehr mit Spielereien als mit seinen Nebenmenschen zu beschäftigen: dann ist Mutter Jones entschieden unweiblich. Allein wenn Mitgefühl für Andere und das Streben, ihre Leiden zu mildern; wenn das Suchen nach Wahrheit und der Muth, für sie zu kämpfen, auch auf die Gefahr hin, die Verachtung und den Spott des eigenen Geschlechtes zu ernten, wenn das der Maßstab für wahre Weiblichkeit ist: dann ist Mutter Jones ein echtes Weib.

Nur wenn sie die „Räuber“ und Feinde der Arbeiterklasse brandmarkt, klingt in ihrer Stimme kein Ton der Sympathie. Sie besitzt einen unerschöpflichen Schatz von Liebe und Mitgefühl, und freigebig spendet sie daraus der großen, unbegrenzten Familie „ihrer Leute“. Wenn sie den Säugling aus der milden Mutter

Auf Veranlassung des Vorstandes des Deutschen Buchbinderverbandes hielt Genossin Greifenberg kürzlich in einigen Orten Versammlungen ab, die dazu dienen sollten, der Organisation neue, vor Allem weibliche Mitglieder zuzuführen. Versammlungen fanden statt in Regensburg, Erlangen, Fürth, Nürnberg und Würzburg. Als Thema des Referats war gewählt „Der Werth der weiblichen Arbeitskraft“. Die Versammlungen waren den Verhältnissen entsprechend gut besucht. In Regensburg, Erlangen und Würzburg zeigten die Arbeiterinnen ihr reges Interesse nicht nur durch stattlichen Versammlungsbefuch, sondern auch dadurch, daß sie eine gute Agitation unter denjenigen Kolleginnen entfaltet hatten, die bis dahin von der Organisation noch nichts wissen wollten. Ihre Mühe wurde belohnt, denn es schlossen sich Arbeiterinnen dem Verband an. Von Regensburg ist besonders hervorzuheben, daß seitdem dort eine Mitgliedschaft des Verbandes besteht, die Zahl der weiblichen Mitglieder eine größere ist, als die der organisierten Buchbinder. Es ist das gewiß nachahmenswerth, aber auch beschämend für die Männer, welche abseits von der Organisation stehen, und die gerade in Folge der billigen Frauenarbeit böse Erfahrungen machen müssen. Die Versammlung in Nürnberg war leider nicht so besucht, wie dies den dortigen Verhältnissen entsprechend der Fall hätte sein sollen. Das wurde auch von zwei Arbeiterinnen in der Diskussion bedauernd hervorgehoben. Dieselben mahnten eindringlich ihre männlichen wie weiblichen Kollegen, die Worte der Referentin zu beherzigen, geschlossen gegen die Ausbeutung und schlechte Bezahlung der Arbeit einzutreten und sich alle als treue Mitglieder dem Verband anzuschließen. Das Referat und der Appell der Arbeiterinnen hatten den Erfolg, daß auch in Nürnberg neue Mitglieder gewonnen wurden. M. G.

Am 15. und 16. Oktober fanden zwei gut besuchte Frauerversammlungen in Halle a. S. statt. Genossin Sachse, unsere dortige Vertrauensperson, hatte dieselben gut vorbereitet und leitete sie. Genossin Kähler-Dresden referirte über „Der Emanzipationskampf der Frauen, die proletarische Frauenbewegung und die Frauenkonferenz zu München“. Nach kurzer Debatte erklärten die Erschienenen, den Anregungen und Beschlüssen der Frauenkonferenz entsprechend wirken zu wollen, um die proletarische Frauenbewegung zu fördern und dadurch das Verständniß für den Sozialismus unter den Massen der Proletarierinnen zu wecken. Eine dritte Versammlung fand in Lößbejn, einem Dorfe bei Halle, statt. Hier sprach Genossin Kähler über das Thema: „Der proletarische Klassenkampf“. Den Anregungen der Referentin folgend, wurde ein politischer Verein gegründet, dem sofort 25 Männer beitraten. Möchte der dort schon häufig gemachte Versuch, eine Organisation zu schaffen, endlich von Bestand sein, möchten die Proletarier des Ortes einsehen, daß nur durch eigene Kraft die Erlösung des werththätigen Volkes von Noth und Elend errungen werden kann. W. K.

Armen nimmt und beruhigt; wenn sie den Klagen der Proletarierin von mühseliger Arbeitsfrohn, schwerem, sorgenreichem Wirthschaften oder bitter empfundenen Fabrikklaverei lauscht; wenn der Arbeitsmann ihr von hartem Mühen und geringem Lohne erzählt; wenn der Agitator entnuthigt und pessimistisch wird: so sagt und thut Mutter Jones stets das Rechte, um Trost zu bringen, Muth und Hoffnung zu beleben. Wohin sie kommt, tritt sie in den Lebenskreis der Mühseligen und Beladenen ein und wird ein Glied darin, ein Theil von ihnen selbst. Sie ist wirklich und wahrhaftig ihre Mutter nach Wort und That. Den traulichsten aller Namen hat sie sich reblich verdient.

Kürzlich durchreiste ich eine Gegend, wo Mutter Jones mehrere Monate lang thätig gewesen war, um die Bergarbeiter zu organisiren. Wenn ich sage, daß ihr Name wie das tägliche Brod in aller Munde ist, so brauche ich einen schwächlichen Ausdruck, weil es an einem zutreffenderen fehlt. Jedermann, vom kleinsten Kinde bis zum ältesten Einwohner, kannte sie. Und Alle segneten sie — die Grubenbarone und ihre Gefinnungsgenossen ausgenommen, deren allerherzlichsten Hasses sie sich erfreut. Ich war in Orten, wo vor drei Jahren, als Mutter Jones kam, die Frauen — Kohlengräberfrauen — sich weigerten, mit ihr zu sprechen oder sie zu sehen. Jetzt nimmt ihr Bild den Ehrenplatz im Heim dieser Proletarierinnen ein. Nichts zeigt augenscheinlicher ihr Geschick, Borturtheile zu besiegen und zur Freundin und Vertrauten der Werththätigen zu werden, sie zu mehr zu machen als zu blinden Mitleidern und gedankenlosen Verehrern. Sie repräsentirt die Sache, welche aus der greifbaren Wirklichkeit des tagtäglichen proletarischen Lebens erwächst. . . . (Fortsetzung folgt.)

Die Behörden im Kampfe gegen die Arbeiterinnenbewegung. Für den 30. Oktober war vom Genossen Bugdahn-Kostock eine Frauen- und Arbeiterinnenversammlung einberufen worden, in der Genossin Zieh-Hamburg über „Die Frau im Erwerbsleben“ referiren sollte. In großer Anzahl waren Frauen und Mädchen dem an sie ergangenen Rufe gefolgt. Als Genossin Zieh in ihrem Referat darauf hinwies, daß einerseits in Folge der Krise, andererseits in Folge der fortwährenden Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel und der dadurch gesteigerten Noth in Arbeiterkreisen die Zahl der erwerbthätigen Frauen zunehme, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst. Genosse Bugdahn ersuchte den Beamten um Angabe der Gründe für die Auflösung. Er erhielt darauf zur Antwort, er habe zu schweigen, sonst werde er verhaftet. Bugdahn ermahnte nun die Versammelten, sich ruhig zu entfernen, begab sich dann zu dem Beamten und ersuchte abermals um die Gründe der Auflösung; da er auch diesmal keine Antwort erhielt, erneuerte er die Frage. Darauf nahm der Beamte, ein Herr Pabst, die Verhaftung unfreies Genossen vor. Obgleich dessen Personalien dem Herrn ganz genau bekannt sind, gestattete er ihm nicht einmal, daß er sich Hut und Ueberzieher von der Bühne holte. Barhaupt, nur mit einem dünnen Rocke bekleidet, wurde Bugdahn zur Wache geführt, wo er seine Taschen leeren, sowie Vorhemd und Schlips abgeben mußte, worauf er 4 Stunden eingesperrt und dann entlassen ward. Uns allen ist der Grund für die Auflösung der Versammlung bis heute ein Räthsel. Nach mecklenburgischem Vereins- und Versammlungsrecht hat der überwachende Beamte das Recht zur Auflösung, falls der Redner politische Ausführungen macht. Politische Fragen sind jedoch nicht erörtert worden. Ebenso unerfindlich ist es, weshalb Genosse Bugdahn verhaftet wurde, der der Polizei genau bekannt ist. Glaubt man etwa, durch solche Maßnahmen die rüstig fortschreitende Arbeiterbewegung hemmen zu können? Da irrt man allerdings gewaltig. Die Erbitterung ob solcher Schikanen wird sich umsetzen in um so lebhaftere Betheiligung an der Arbeiterbewegung. Die Vorkommnisse mehren sich von Tag zu Tag, die den Kampf für ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht zu einer zwingenden Nothwendigkeit machen. Louise Zieh.

Zur Verreibung eines kräftigen Kampfes gegen den Fleischwucher und den drohenden Zollwucher überhaupt, hat die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands die Lokalkreisvertrauenspersonen unter Hinweis auf die Bedeutung aufgefördert, welche der Frage der Lebensmittelvertheuerung gerade für die proletarischen Frauen zukommt. Das betreffende Zirkular empfiehlt, Frauenprotestversammlungen einzuberufen, beziehungsweise dafür zu wirken, daß die Proletarierinnen recht zahlreich die von Genossen einberufenen Protestversammlungen besuchen. Es zeigt Mittel und Wege, durch welche die Genossinnen den Kampf gegen den Lebensmittelwucher durch persönliche Agitation im kleinen Kreise führen können. Scharf hebt es die Thatsache hervor, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche Fleischwucher und Zollwucher in jeder Gestalt grundsätzlich mit aller Energie bekämpft. Zum Schlusse betont es, daß die gegenwärtige Lage besonders fühlbar macht, wie bitter noth den Frauen der Besitz unbeschränkter politischer Rechte thut.

Eine Stellungnahme des nächsten internationalen Sozialistenkongresses zur Frage des Frauenstimmrechtes werden die deutschen Genossinnen beantragen und zu diesem Zwecke eine entsprechende Resolution bei dem vorbereitenden Komitee einreichen. Wir werden dieselbe in nächster Nummer veröffentlichen.

Notizenheil.

Vom Weberausstand in Meerane.

Volle vier Wochen schon dauert der Generalausstand der Meeraner Textilarbeiter, und noch ist keine Aussicht auf Beilegung vorhanden. In prozigem Hochmuth lehnen die Fabrikanten jede Unterhandlung mit den Beauftragten der Ausständigen, den Vertretern der Organisation ab. Sie verlangen bedingungslose Unterwerfung „ihrer“ Arbeiter und Arbeiterinnen. Und wie die Mauern stehen die Streikenden im Kampfe. Vier Wochen Ausstand, und noch nicht ein einziger Streikbrecher! Diese Thatsache redet ganze Bände von dem Muth, der Entschlossenheit, der Einigkeit der Streikenden, aber auch von dem ertragenen maßlosen Elend. Der Ausstand zieht immer weitere Kreise. In Glauchau, Neschkau, Elsterberg zc. wächst die Zahl der Weber und Weberinnen, welche ihrem Betrieb den Rücken kehren, weil ihnen daselbst Streikarbeit zugemuthet wird. Auch die Hausweber von Meerane und Umgegend sind in Bewegung gerathen und streben nach einer Verbesserung ihres

unsäglich traurigen Looses. Es ist das mehr als ihr gutes Recht, es ist ihre Pflicht. Sind doch diese Aermsten im Allgemeinen noch schlimmer daran als die Fabrikweber. Bei 14- bis 15stündiger täglicher Arbeitszeit erreichen sie einen Wochenverdienst von 8 bis 9 M., von dem aber 25 Prozent für sogenannte Vorarbeiten in Abzug kommen, so daß in Wirklichkeit ein Lohn von etwa 6 M. verbleibt. Mit diesen Bettelpennigen soll der Weber seinen Pflichten als Familienvater, als Gemeinde- und Staatsbürger genügen! Die Hausweber haben in einer Eingabe außer einer Lohnerhöhung eine Vergütung für Vorarbeiten, Zulage für Stückerarbeit zc. verlangt. Auch ihre bescheidenen Forderungen, hinter denen der allerbitterste Hunger steht, lehnen die Fabrikanten ab. Was den Kampf der Fabrikweber anbelangt, so hat er eine Erscheinung gezeitigt, welche wir der besonderen Erwähnung werth erachten. In den mechanischen Webereien sind zum großen Theile Arbeiterinnen beschäftigt. Dieselben beweisen durch ihre muthvolle Haltung und ihr energisches Aushalten, daß Arbeiterinnen, wenn sie gut unterrichtet sind, zu kämpfen verstehen. Beim Beginn des Streiks argwöhnlichen pessimistischen Kameraden, die Frauen und Mädchen würden bei langer Dauer des Kampfes wankelmüthig werden und ihren kämpfenden Genossen in den Rücken fallen. Sie haben sich gründlich getäuscht. Gerade die Arbeiterinnen bethätigten bis jetzt das lebhafteste Interesse am Streik und ermuntern durch ihre vorzügliche Haltung die Kämpfenden. Finden Versammlungen statt, so sind sie die Ersten, welche die Lokale besetzen. Werden Flugblätter ausgetragen, so besorgen das die Frauen mit peinlichster Gewissenhaftigkeit. Sie stehen Streikposten, daß die Fabrikanten darob entsetzt sind. Kurz, es ist eine Lust, zu beobachten, wie die Weberinnen sich im Kampfe bewähren. Und wenn es wahr ist, daß der Sieg dem Theil zufällt, der die Frauen auf seiner Seite hat, so muß der Streik mit einem vollen Siege der Arbeiter enden. Daß der Kampf von beiden Seiten mit der größten Entschlossenheit geführt wird, erklärt sich aus den Verhältnissen. Seit Jahrzehnten war die Meeraner Textilarbeiterchaft der Unternehmerwillkür vollständig preisgegeben. Die Fabrikanten waren absolute „Herren im Hause“. Die Arbeiter, insbesondere aber die Arbeiterinnen, lernten eben den Werth der Organisation leider erst sehr spät schätzen. Bis vor zwei Jahren waren nur etwa 600 von den 2500 Arbeitern und Arbeiterinnen organisiert, die in den mechanischen Webereien beschäftigt sind. Es bedurfte eines brutalen Gewaltaktes der Unternehmer, um die Lohnsklaven zur Erkenntniß ihrer Interessen und Pflichten zu erwecken. Im Vorjahr, etliche Tage vor Weihnachten, dem Feste „christlicher Liebe“, sperrten sämtliche Webereibesitzer ihre Arbeiter aus, weil die Arbeiter einer Fabrik sich der Verlängerung ihrer Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden widersetzt hatten und in den Ausstand getreten waren. Dadurch kam es auch den indifferentesten Textilarbeitern zum Bewußtsein, daß die christliche Nächstenliebe der ausbeutenden Klasse ein leeres Wort ist, und daß die Ausgebeuteten vereinzelt nichts gegen die geschlossene Macht des Unternehmertums vermögen. Die gewerkschaftliche Organisation machte nun gute Fortschritte. Und das war höchste Zeit. Die Lage der Meeraner Textilarbeiter war die denkbar schlechteste geworden. Wer einen Blick in die Arbeitsverhältnisse warf, der erkannte, daß dem verheerenden Treiben des profitgierigen Kapitalismus Einhalt geboten werden mußte. Die Folgen der kapitalistischen Plusmacherei traten himmelstreichend zu Tage. Auf der einen Seite wohlhabende, ja steinreiche Industrielle, von denen es mancher in einigen Jahrzehnten zum vielfachen Millionär gebracht hat. Auf der anderen Seite ein blutarmes Textilproletariat, das trotz harter Arbeit an Entbehrungen und Noth zu Grunde geht. Die Fortschritte der Technik, die Allen zu Gute kommen, Wohlstand und Kultur Aller mehren sollten, frommen nur dem Geldsack der Textilbarone. Sie ermöglichen es diesen, alles, was die Hände regen kann, ihrem Profitgierigen dienstbar zu machen, Jünglinge und junge Mädchen, Männer und Frauen, Greise und Kinder zu gebrauchen und zu verbrauchen, „warmes Menschenleben zu verschleifen“, um todes, blendendes Gold zu münzen. Im Bewußtsein unbeschränkter Gewalt hat der Kapitalismus gewirthschaftet bis zum grauenerweckenden Verderben. Die Löhne sind Lumpenpennige in des Wortes verwegenster Bedeutung. Die Noth zwingt fast alle verheiratheten Frauen zum Mitverdienen. Ihre Konkurrenz hat den ohnehin erbärmlichen Verdienst noch tiefer herabgedrückt. Die produktive Arbeit, die zur sozialen Befreiung der Frau führt, ist Dant der kapitalistischen Ordnung zu einem Mittel der schlimmsten Ausbeutung und Knechtung der Proletarierin, zu einem Mittel der Verschlechterung der Lage des Mannes geworden. Die Lebenshaltung der Meeraner Textilsklaven steht buchstäblich im Zeichen des chronischen Hungerleidens. Bürgerliche Gelehrte schütteln den Kopf darüber, daß Meerane die höchste Sterblichkeitsziffer im Deutschen Reiche hat. Moralphilister erklären die Thatsache wohl entrüstet durch das „frühe Heirathen der Arbeiterkinder“. Wer dagegen in die Wohnungen der

Meeraner Textilarbeiter gegangen ist, wer an ihrem Tische gefessen hat, der greift die wahre Ursache der furchtbaren Erscheinung mit Händen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind es endlich müde geworden, ärmlich und erbärmlich von den Brosamen zu vegetiren, welche das kapitalistische Unternehmertum von seinen Tischen fallen läßt. Sie, die Anderen riesige Reichthümer schaffen, wollen für sich, für ihre Nachkommen bessere Arbeitsbedingungen, eine menschenwürdige Existenz erringen. Das dünkt den Fabrikanten eitel Frevel, ihnen, die an unbeschränkter Herrenmacht und Ausbeutungsfreiheit gewöhnt sind. Sie sind fest entschlossen, den Kampf zu einer Kraftprobe zu machen. So brutal ist ihre Haltung, so augenscheinlich andererseits das Recht der Ausständigen, daß diesen Unterstützung von Allen zu Theil wird, deren Denken und Fühlen noch nicht ganz verknöchert ist. So haben zum Beispiel Bauern aus der Umgegend von Meerane den Streikenden eine ansehnliche Quantität Kartoffeln und Kohl gespendet. Vor Allem aber ist es der Deutsche Textilarbeiterverband, der den Ausständigen thatkräftig zur Seite steht und das schwärzeste Glend von ihnen abwehrt. Der Kampf ist jedoch so schwer, so langwierig, daß es der Unterstützung durch das gesammte deutsche Proletariat bedarf, wenn die gerechte Sache der Arbeiter siegen soll. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Der Kampf, der in Meerane ausgefochten wird, ist ein Kampf der gesammten deutschen Arbeiterklasse, der Sieg, der dort errungen wird, ihr Sieg. Mit den Kameraden zusammen ist die Meeraner Textilarbeiterin in Reih und Glied der proletarischen Klassenkämpfer getreten, sie wird in Zukunft nie mehr fehlen, wo für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gestritten wird. Genossinnen! Unterstützt deshalb moralisch und materiell Eure kämpfenden Schwestern!

E. F., Meerane.

Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Die Betheiligung der Genossinnen am Landtagswahlkampf in Niederösterreich war eine äußerst rührige. Es fanden in jeder Woche einige glänzende Frauenversammlungen statt, in denen die betheiligten Genossinnen über die Bedeutung dieser Wahlen für die Proletarierinnen sprachen. Auch bei der Kleinarbeit und den Hausagitationen entfalteten die Genossinnen eine rege Thätigkeit. Sie wurden zu um so größerem Eifer angepornt, als das sogenannte Luegerische „Amazonenkorps“, der klerikale Wiener Frauenbund, in Versammlungen, durch persönliche Agitation zc. fieberhaft thätig für die pfäffisch-antisemitischen Kandidaten wirkte. Der Führer der „christlichen“ Partei, Bürgermeister Lueger, alias „der schöne Karl“, erklärte, daß die Frauen seine „sicherste Schutztruppe“ seien. Der Wahlkampf hat leider mit einem glänzenden Siege der Klerikalen geendet, die mit den schmachvollsten Mitteln des Betrugs, der Fälschung, des Stimmenkaufs, der Gewalt gearbeitet haben.

Mit der Frage der Agitation unter den Frauen beschäftigte sich der Parteitag der tschecho-slavischen Sozialdemokratie in Oesterreich, der Anfang November in Prag tagte. Das Referat dazu erstattete Genossin Louzil-Weinberge. Sie beklagte es, daß die Agitation unter den Frauen bis jetzt so wenig Erfolge aufzuweisen habe. Die Sozialdemokratie müsse die einschlägigen Bemühungen kräftig unterstützen, da sie ein hervorragendes Interesse daran habe, die Frau zu gewinnen, welche die Erzieherin der Jugend ist. In Oesterreich habe sich jedoch nur eine Partei der Frauen bemächtigt, die klerikale, die diesem Umstand einen großen Theil ihrer Erfolge zu verdanken habe. Die Referentin empfahl dem Kongreß eine Resolution, die eine intensive und regelmäßige Agitation unter den Frauen fordert, sowie die Bereitstellung der entsprechenden Mittel für das Frauenagitationskomite. Die Resolution gelangte zur Annahme.

Die Frage des Frauenstimmrechtes auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses zu setzen, der im August in Amsterdam tagen wird, haben die österreichischen Genossinnen in einer Resolution beantragt, welche diese Forderung begründet.

Frauenstimmrecht.

Die Forderung des Frauenwahlrechtes und die Sozialdemokratie in Holland. Unsere holländische Bruderpartei kämpft gegenwärtig für eine Reform des geltenden Welsackwahlrechtes. Unter Berufung darauf, daß der größte Theil der Männer des arbeitenden Volkes das Wahlrecht noch nicht besitzt, beschränkt sie sich jedoch nach einer Notiz im „Vorwärts“ darauf, im Wesentlichen nur das allgemeine Wahlrecht für die Männer zu fordern. Darob ist sie von frauenrechtlerischer Seite scharf angegriffen worden. Das Organ der niederländischen Sozialisten „Het Volk“ schreibt zur Frage was folgt:

„Mit der Oberflächlichkeit, die unserer bürgerlichen Frauenbewegung eigen ist, hat man es bis jetzt verstanden, die sozialdemokratische Partei im Allgemeinen und Troelstra im Besonderen als Gegner des Frauenwahlrechtes zu brandmarken, obgleich unsere Partei das Frauenwahlrecht getreu den Beschlüssen des internationalen Kongresses stets auf ihrem Programm gehabt hat und dafür kämpft. Die Gründe, die für jene unwahre Behauptung angeführt werden, bestehen unter Anderem darin, daß die Partei bei der Zusammensetzung des Niederländischen Komites für allgemeines Wahlrecht es wünschenswerth erachtete, die Agitation des Komites für das allgemeine Wahlrecht nicht an die Forderung der Aufnahme des Frauenwahlrechtes in die Verfassung zu binden, weil dadurch verschiedene Freunde der Verfassungsrevision vom Kampfe dafür abgehalten werden könnten. Außerdem erkannte man, daß die Bewegung für Frauenwahlrecht sich auf einer weniger vorgeschrittenen Entwicklungsstufe befindet, als die für Männerwahlrecht, so daß beide nicht unzertrennlich miteinander verbunden werden konnten, weil das allgemeine Wahlrecht für Männer mehr Aussicht auf Verwirklichung hatte, als das für Frauen. Dazu kommt die Befürchtung, daß von bürgerlicher Seite beabsichtigt werde, Mißbrauch mit der Forderung des Frauenwahlrechtes zu treiben dadurch, daß man nicht das allgemeine Frauenwahlrecht, sondern „Damenwahlrecht verlangt, das Wahlrecht für „die gebildete Frau“, das heißt eine Verstärkung des bürgerlichen Elementes unter den Wählern; der Bourgeoisie doppeltes Wahlrecht, während man der Arbeiterklasse noch nicht einmal halbes Wahlrecht gewährt.“

Der Artikel beruft sich zum Schluß auf die einschlägige Resolution der Münchener Frauenkonferenz, in welcher das Interesse des proletarischen Klassenkampfes den speziellen Interessen der Frauen vorangestellt wird. Uns will bedünken, daß diese Berufung mit Unrecht geschieht. Die angezogene Resolution besagt ausdrücklich, daß bei Kämpfen für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes das Frauenstimmrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden muß. Wie es scheint, haben aber unsere holländischen Genossen die Forderung des Frauenstimmrechtes „verschiedenen Freunden der Verfassungsrevision“ zuliebe fallen lassen und auch aus der Agitation so gut wie ausgeschlossen. Sollte dies der Fall sein, so würde ihre Haltung nicht durch den zweiten Absatz der Münchener Resolution gerechtfertigt. Diese besagt nichts anderes — und in den Verhandlungen wurde das mit aller Schärfe betont — als daß die sozialdemokratischen Vertreter eine Ausdehnung des Männerwahlrechtes nicht deswegen zurückweisen dürfen, weil im gegebenen Augenblick nicht auch das Frauenwahlrecht durchgesetzt werden kann, ein Ansinnen, das von frauenrechtlerischen Heißspornen erhoben worden ist. Der betreffende Passus soll also nichts weniger sein, wie ein Freibrief dafür, unter Berufung auf das höhere Interesse des proletarischen Klassenkampfes die Forderung des Frauenstimmrechtes in Wahlrechtskämpfen in die Tasche zu stecken. Daß übrigens unsere holländischen Genossen allem frauenrechtlerischen Gekack ungeachtet nicht für ein Zensurwahlrecht der Frauen eintreten, ist vollauf gerechtfertigt. Ein Zensurwahlrecht ist ein Recht des Besitzes und nicht der Person. Ob der Geldsack sich in den Händen einer Frau oder eines Mannes befindet, ganz gleich: Sozialdemokraten können seine politische Macht nicht stärken. Eine derartige Ausdehnung des Wahlrechtes ist nicht demokratisch, sondern reaktionär.

Sittlichkeitsfrage.

Die Gemeingefährlichkeit des § 361, Z. 6 des Reichsstrafgesetzbuchs und der Polizeiallmacht will offenbar die Polizei selbst auch dem stumpfsinnigsten, büttelkrömmsten Unterthanenverstand klar machen. In letzter Zeit haben sich die „Mißgriffe“ gehäuft, welche sich die Polizei auf Grund der genannten gesetzlichen Bestimmung zu Schulden kommen ließ, die ihr bekanntlich das Recht verleiht, eine „Frauensperson“ wegen Verdachtes eines unsittlichen Lebenswandels zu verhaften. In Wiesbaden wurde eine Delegirte zur Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine, Frau von Decker, von der Straße weg mit den „höflichen“ Worten verhaftet: „Sie, kommen Sie mal mit.“ Grund dafür: die Dame war durch Reformtracht, kurzgeschchnittenes Haar und langsames Gehen einer sittlich besonders empfindsamen Polizeiseele aufgefallen. Anfang November wurde in Weimar Frä. Dr. jur. Augspurg in ähnlicher Weise verhaftet und unter dem üblichen Aufschrei zur Wache gebracht. Durch „Stimme, Gesicht, Haartracht und Gesten“ soll sie die tiefe Besorgniß eines abnungsvollen Polizeiengels erregt haben. Der Darstellung, welche Frä. Augspurg von den Umständen ihrer Verhaftung giebt, stellt allerdings der Oberbürgermeister von Weimar auf Grund attestmäßiger (!) Feststellungen eine andere Lesart gegenüber. Nach der-

selben soll die Dame in der Pose einer Possenheldin ihre Verhaftung provoziert haben, um das Material gegen den § 361, Z. 6 zu vermehren. Allein Frä. Augspurg befreit die polizeiliche Darstellung auf das Entschiedenste, und wer den sachlichen Werth „attestmäßiger“ polizeilicher Schilderungen kennt, der vermag der behördlichen Erklärung unmöglich mehr Glauben beizumessen, als den Aussagen der frauenrechtlerischen Führerin. Weit Schlimmeres noch hat sich in Kiel zugetragen. Dort wurde im Sommer ein Mädchen verhaftet, das bei der Heimkehr von einer Gesellschaft im Streite mit einem Herrn etwas zu laut geworden war. Bei der Verhaftung, die in sehr schroffen Formen erfolgte und der die Betroffene Widerstand entgegensetzte, gingen die Kleider in Fetzen. Am Tage darauf wurde die Verhaftete, die bei ihrer Mutter wohnte, entlassen. Einige Zeit darauf erhielt sie jedoch durch einen Schutzmann die Mittheilung, daß sie unter Kontrolle gestellt sei und sich binnen 24 Stunden eine von der Polizei genehmigte Wohnung suchen müsse. Die Unglückliche, die durch die verfügte Maßregel in das Dirnenthum hinabgestoßen worden wäre, ging, um sich diesem Schicksal zu entziehen, nach Elmshorn in Dienst. Durch einen Haftbefehl der Kieler Polizei wurde sie aus demselben gerissen, nach Kiel übergeführt und wie eine Prostituirte behandelt. Nachdem sie im Krankenhaus zur Untersuchung untergebracht worden, wurde sie in Haft genommen. Bei der Gerichtsverhandlung vermochte der als Zeuge geladene Schutzmann auch nicht einen entfernt ausreichenden Grund für all diese Maßnahmen anzugeben. Der Amtsrichter bezeichnete denn auch das Vorgehen der Sittenpolizei als unerhört und skandalös. Diese Erklärung hat gewiß ihren Werth, sie macht jedoch das entsetzliche Unrecht, die furchtbare Schmach nicht wieder gut, die dem bedauernswerthen Opfer der Polizeiallmacht widerfahren ist. Die Genossinnen haben seinerzeit in einer Eingabe an den Reichstag die Streichung des § 361, Z. 6 gefordert. Die betreffende Bestimmung stellt ein Ausnahmefgesetz schmachvollster Art gegen das weibliche Geschlecht dar, ein Ausnahmefgesetz, das obendrein durch Polizeibelieben verböser werden kann. Der Kampf muß deshalb nicht bloß dem Gesetzesparagrafen, er muß auch der Büttelallmacht gelten.

Frauenbewegung.

Elizabeth Cady Stanton, eine der eifrigsten und verdienstvollsten amerikanischen Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes ist in diesen Tagen in New York verstorben. Sie war 1815 in Johnstown (New York) geboren und begann schon im Jahre 1840 eine lebhafte Agitation für das acht Jahre später angenommene Gesetz, welches verheirateten Frauen im Staate New York das Recht verlieh, Grundeigenthum zu erwerben. 1848 erließ sie den ersten Aufruf für einen Frauentongress, der im Juli desselben Jahres in Seneca Falls abgehalten wurde. Dort trat sie zum ersten Male mit der Forderung auf, den Frauen das Stimmrecht zu gewähren, und trotz starker Opposition wurde ihr Antrag angenommen. Von dieser Zeit an fand sich Frau Stanton 25 Jahre hindurch alljährlich vor dem Kongress ein, um für den Erlass eines Amendements der Verfassung zu Gunsten des Frauenstimmrechtes zu plaidiren. 1860 suchte sie die New Yorker Gesetzgeber zu veranlassen, Trunksucht für einen Scheidungsgrund zu erklären. Im Jahre 1861 wurde sie zur Präsidentin der Woman's Loyal League erwählt und war von 1865 bis 1893 Präsidentin der Frauenstimmrechtsvereinigung. 1868 war Frau Stanton Kandidatin für den Kongress und gab mit Susan B. Anthony das Blatt „The Revolution“ heraus. Sie schrieb zahlreiche Artikel für Zeitungen und Zeitschriften und hielt zahllose Reden in allen Theilen Amerikas, deren Gegenstand stets das Frauenstimmrecht war. 1895 wurde der 80. Geburtstag der Vorkämpferin für Frauenstimmrechte im Metropolitan Opera House feierlich begangen. Ihr Name wird einen Ehrenplatz in der Geschichte der Frauenbewegung behaupten.

Die Errichtung einer technischen Hochschule für Frauen in New York hat die Aufsichtsbehörde der Abtheilung für das Erziehungswesen der Stadt beschlossen. Sie wird die erste Institution ihrer Art in New York sein.

In das Lehrkollegium der Berliner Lessing-Hochschule ist Frä. Helene Stöcker, Dr. phil., eingetreten. Sie hat ihre Lehrtätigkeit mit einem Vortragszyklus eröffnet über „Die Entwicklung der Frau im Leben und Dichtung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“.

Das erste private Mädchengymnasium in Sibirien wurde in diesem Jahre in Tomsk eröffnet.

Gegen die Mitgliedschaft von Frauen im Armenrath von Offenburg, die der Stadtrath dieser Gemeinde beschlossen hatte, erhob das bairische Ministerium des Innern kein Bedenken.